

DE

REM 08/04

DE

DE



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 20.10.2006
C(2006)4950

NICHT ZUR VERÖFFENTLICHUNG

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

Vom 20.10.2006

**zur Feststellung, dass die Erstattung der Einfuhrabgaben in einem bestimmten Fall
gerechtfertigt ist**

(nur der dänische Text ist verbindlich)

(Antrag des Königreichs Dänemark)

(REM 08/2004)

FR

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

Vom 20.10.2006

zur Feststellung, dass die Erstattung der Einfuhrabgaben in einem bestimmten Fall gerechtfertigt ist

(nur der dänische Text ist verbindlich)

(Antrag des Königreichs Dänemark)

(REM 08/2004)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN -

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates vom 12. Oktober 1992 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften¹, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 648/2005²,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission vom 2. Juli 1993 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates³, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 402/2006⁴, insbesondere auf Artikel 907,

¹ ABl. L 302 vom 19.10.1992, S. 1.

² ABl. L 117 vom 4.5.2005, S. 13.

³ ABl. L 253 vom 11.10.1993, S. 1.

⁴ ABl. L 70 vom 9.3.2006, S. 35.

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit dem bei der Kommission am 17. November 2004 eingegangenen Schreiben vom 16. November 2004 ersuchte das Königreich Dänemark die Kommission, nach Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zu entscheiden, ob es gerechtfertigt ist, die Einfuhrabgaben unter folgenden Umständen zu erstatten:
- (2) Ein in Dänemark niedergelassenes Unternehmen, nachstehend „Beteiligter“ genannt, hat am 29. Oktober 1997 und am 2. Juni 1998 Garnelen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in den zollrechtlich freien Verkehr übergeführt.
- (3) Zum damaligen Zeitpunkt galt für Fischereierzeugnisse dieser Art mit Ursprung in den VAE bei der Einfuhr in die Gemeinschaft im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems eine Präferenzregelung. Erfolgte die Einfuhr also gemäß Artikel 81 der vorgenannten Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 der Kommission in der Fassung der Verordnung (EG) Nr. 12/97 der Kommission vom 18. Dezember 1996⁵ mit einer von den zuständigen Behörden der VAE ausgestellten Bescheinigung nach Formblatt A, so wurde bei der Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr die Präferenzzollbehandlung gewährt.
- (4) In dem hier in Rede stehenden Fall legte der Beteiligte zu den Zollanmeldungen Ursprungszeugnisse nach Formblatt A vor, die von den zuständigen Behörden der VAE ausgestellt worden waren. Die dänischen Zollbehörden nahmen diese Zollanmeldungen an und gewährten die Zollpräferenzbehandlung.
- (5) Am 20. Oktober 1999 hat das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung den Mitgliedstaaten mitgeteilt, dass es Zweifel an der Gültigkeit der Ursprungszeugnisse nach Formblatt A gab, die von den Behörden der VAE für Fischereierzeugnisse (hauptsächlich Garnelen, Kalamare und Tintenfische) ausgestellt worden waren. In der Mitteilung hieß es, dass Untersuchungen wegen der illegalen Umladung von Fischereierzeugnissen mit Ursprung in Bangladesch und Indien durchgeführt worden waren, die zwischen August 1997 und Mitte 1998 über Drittländer in die Gemeinschaft eingeführt wurden, als die Ausfuhren aus diesen Ländern entweder

⁵ ABl. L 9 vom 13.1.1997, S. 1.

verboten waren oder strikten Kontrollen in Bezug auf die Zahl der zur Ausfuhr in die Gemeinschaft zugelassenen Betriebe unterlagen.

- (6) Bei einer Gemeinschaftsmission im Rahmen der Verwaltungszusammenarbeit haben Vertreter mehrerer Mitgliedstaaten und der Kommission in der Zeit vom 1. bis 16. Februar 2000 Ermittlungen in den VAE durchgeführt. Dabei wurden vier Ausfuhrer kontrolliert, von denen zwei die betreffenden Waren ausgeführt hatten. Nach diesen Ermittlungen wurde eine große Zahl von Ursprungszeugnissen, die von den Behörden der VAE ausgestellt worden waren, darunter die beiden Ursprungszeugnisse des Beteiligten, für ungültig erklärt, da sie von diesen Behörden zu Unrecht ausgestellt worden waren. Da für die eingeführten Garnelen demnach kein Anspruch auf Zollpräferenzbehandlung bestand, forderten die dänischen Behörden den Beteiligten auf, die Einfuhrabgaben in Höhe von XXXX DKK zu entrichten. Der Beteiligte hat diese Summe entrichtet, in der Folge jedoch die Erstattung beantragt.
- (7) Nach dem Widerspruchsverfahren wurde die Akte dem zuständigen Gericht übermittelt, das am 23. Januar 2004 forderte, den Fall der Kommission zu übermitteln, damit diese prüft, ob die Erstattung der Einfuhrabgaben gemäß Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 gerechtfertigt war.
- (8) Im vorliegenden Fall brachte der Beteiligte vor, die Tatsache, dass die Behörden der VAE die Ursprungszeugnisse fälschlicherweise ausgestellt hätten, sei als besonderer Umstand im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 zu werten. Insbesondere hätten sich die Behörden der VAE auf eine falsche Auslegung der Vorschriften gestützt; überdies hätten sie wissen müssen, dass die Flotte der VAE nicht groß genug war, um die als Ursprungserzeugnisse angemeldeten Mengen fangen zu können.
- (9) Zur Untermauerung des von den dänischen Behörden vorgelegten Antrags teilte der Beteiligte in Anwendung von Artikel 905 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit, er habe die betreffende Akte einsehen können und ihr nichts hinzuzufügen.
- (10) Mit Schreiben vom 4. Februar 2005 und vom 28. Oktober 2005 hat die Kommission bei den dänischen Behörden zusätzliche Auskünfte angefordert. Diese Auskünfte wurden ihr mit Schreiben vom 9. September 2005, eingegangen am 12. September

2005, und mit Schreiben vom 30. März 2006, eingegangen am 5. April 2006, übermittelt.

- (11) Das Verwaltungsverfahren wurde daraufhin gemäß den Artikeln 905 und 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 in der Zeit vom 5. Februar 2005 bis 12. September 2005 und erneut in der Zeit vom 29. Oktober 2005 bis 5. April 2006 ausgesetzt.
- (12) Mit Schreiben vom 12. Juli 2006, das der Beteiligte am 13. Juli 2006 erhielt, teilte die Kommission ihm mit, sie habe vor, seinen Antrag abzulehnen, und legte die Gründe dafür dar. Mit E-Mail vom 18. Juli 2006 hat der Beteiligte eine Fristverlängerung um einem Monat erbeten; mit E-Mail vom 24. Juli 2006 wurde ihm mitgeteilt, dass eine solche Fristverlängerung nicht eingeräumt werden könne. Mit Schreiben vom 7. August 2006 hat der Beteiligte seine Bemerkungen zu dem Schreiben der Kommission vom 12. Juli 2006 übermittelt.
- (13) Gemäß Artikel 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 ist die Neunmonatsfrist, innerhalb deren die Entscheidung der Kommission zu erfolgen hat, daraufhin um ein Monat verlängert worden.
- (14) Gemäß Artikel 907 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 trat am 13. September 2006 im Rahmen des Ausschusses für den Zollkodex, Fachbereich „Erstattung“, eine Sachverständigengruppe aus Vertretern der Mitgliedstaaten zusammen, um den vorliegenden Fall zu prüfen.
- (15) Gemäß Artikel 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 können Einfuhrabgaben in anderen als den in den Artikeln 236, 237 und 238 genannten Fällen erstattet oder erlassen werden, wenn diese sich aus Umständen ergeben, die nicht auf betrügerische Absicht oder offensichtliche Fahrlässigkeit des Beteiligten zurückzuführen sind.
- (16) Wie aus der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften folgt, stellen diese Bestimmungen eine allgemeine Billigkeitsklausel dar, nach welcher besondere Umstände gegeben sind, wenn sich der Zollschuldner aufgrund der Umstände des Falls im Vergleich zu anderen, die gleiche Tätigkeit wie er selbst ausübenden Wirtschaftsteilnehmern in einer außergewöhnlichen Lage befindet und er ohne diese Umstände die Einfuhrabgaben nicht hätte entrichten müssen.

- (17) Im vorliegenden Fall war die Voraussetzung für die Gewährung der Präferenzbehandlung für die betreffenden Einfuhren die Vorlage von Ursprungszeugnissen nach Formblatt A. Wie bereits erwähnt, wurden die Ursprungszeugnisse im vorliegenden Fall jedoch von den Behörden der VAE für ungültig erklärt.
- (18) Das Vertrauen auf die Gültigkeit derartiger Bescheinigungen ist normalerweise nicht geschützt, sondern fällt unter die üblichen Geschäftsrisiken des Einführers, für die der Abgabenschuldner einsteht.
- (19) Nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs fällt das legitime Vertrauen eines Beteiligten nur dann unter den Rechtsschutz, wenn die zuständigen Behörden selbst den Anlass zu diesem Vertrauen gegeben haben.
- (20) Im vorliegenden Fall haben die Ausführer auf den Ursprungszeugnissen angegeben, dass die darin aufgeführten Waren die Voraussetzungen für die Erteilung der Bescheinigungen erfüllten.
- (21) Gemäß der Rechtsprechung des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften kann nicht allein aufgrund der Tatsache, dass die zuständigen Behörden der VAE möglicherweise von den Ausführern in die Irre geführt wurden, ausgeschlossen werden, dass in diesem Fall besondere Umstände im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 vorliegen.
- (22) Dass die Ausführer auf den Ursprungszeugnissen nach Formblatt A bestätigt haben, die Voraussetzungen für ihre Erteilung seien erfüllt, ist ebenfalls kein Beweis dafür, dass die zuständigen Behörden der VAE getäuscht wurden.
- (23) Im vorliegenden Fall sprechen bestimmte Indizien dafür, dass die zuständigen Behörden der VAE wussten oder zumindest hätten wissen können, dass die Waren, für die sie Ursprungszeugnisse nach Formblatt A ausgestellt haben, die erforderlichen Voraussetzungen für die Zollpräferenzbehandlung nicht erfüllten.
- (24) Aus alledem geht hervor, dass im vorliegenden Fall besondere Umstände im Sinne des Artikels 239 der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 vorliegen.

- (25) Diese Umstände lassen weder betrügerische Absicht noch offensichtliche Fahrlässigkeit des Beteiligten erkennen.
- (26) Demnach ist es im vorliegenden Fall gerechtfertigt, die Einfuhrabgaben zu erstatten.
- (27) Wenn die besonderen Umstände die Erstattung oder den Erlass der in Rede stehenden Einfuhrabgaben rechtfertigen, so kann die Kommission gemäß Artikel 908 der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 klarstellen, unter welchen Voraussetzungen die Mitgliedstaaten ermächtigt sind, in Fällen mit vergleichbaren sachlichen und rechtlichen Merkmalen die Einfuhrabgaben zu erstatten oder zu erlassen.
- (28) Dem vorliegenden Fall sachlich und rechtlich vergleichbar sind diejenigen Anträge auf Erstattung, Erlass und Absehen von der nachträglichen buchmäßigen Erfassung, die innerhalb der gesetzlichen Fristen von den Einführern selbst oder ihren Vertretern in Bezug auf Einführen in dem Zeitraum gestellt wurden, auf den sich die von der Gemeinschaftsmission durchgeführten Ermittlungen beziehen, d. h. bis spätestens 16. Februar 2000, sofern die Umstände, unter denen diese Einführen erfolgt sind, rechtlich und sachlich mit denen des hier in Rede stehenden Falles vergleichbar sind. Die Ermächtigung der Mitgliedstaaten, in allen Fällen mit vergleichbaren sachlichen und rechtlichen Merkmalen selbst zu entscheiden, erstreckt sich nicht auf diejenigen Anträge auf Erstattung, Erlass und Absehen von der nachträglichen buchmäßigen Erfassung der Einfuhrabgaben, die von den in dem Bericht über die von Vertretern mehrerer Mitgliedstaaten und der Kommission im Zeitraum vom 1. bis 16. Februar 2000 in den VAE durchgeführten Gemeinschaftsmission genannten Gemeinschaftseinführern gestellt wurden. Die Einführer dürfen weder in betrügerischer Absicht noch mit offensichtlicher Fahrlässigkeit gehandelt haben -

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Erstattung der Einfuhrabgaben in Höhe von XXXX DKK (XXXX EUR), die Gegenstand des Antrags des Königreichs Dänemark vom 16. November 2004 ist, ist gerechtfertigt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an das Königreich Dänemark gerichtet.

Brüssel, den 20.10.2006

*Für die Kommission
László KOVÁCS
Mitglied der Kommission*